

### Längster Streik seit Jahrzehnten

**PARIS** In Frankreich hat der Gewerkschaftsbund CGT den längsten Streik seit Jahrzehnten verteidigt. Der CGT-Vorsitzende Philippe Martinez sagte am Freitag, die Streikbewegung sei immer noch „stark“ und werde von einer Mehrheit der Franzosen unterstützt. Die Ausstände dauerten am Freitag bereits 23 Tage an und sind damit die längsten seit Winter 1995. Martinez bekräftigte, der Protest würde fortgesetzt, bis die Regierung die Pensionsreform zurückziehe.



Die Protestierenden machen gegen die geplante Pensionsreform mobil. REUTERS

### Manöver von Iran, China und Russland

**TEHERAN** Der im Atomkonflikt mit den USA unter Druck geratene Iran hat gemeinsam mit Russland und China ein Marinemanöver im Indischen Ozean begonnen. Bei dem ersten trilateralen Manöver gehe es darum, die Sicherheit im nördlichen Teil des Indischen Ozeans zu gewährleisten, wie die halbamtliche Nachrichtenagentur ISNA am Freitag meldete. Während des vier-tägigen Manövers sollten demnach taktische Übungen ausgeführt werden.

### FRAGE DES TAGES

Soll der Bereitschaftsdienst der Apotheken von der öffentlichen Hand finanziert werden?



**HEUTIGE FRAGE** Wäre bei einer türkis-grünen Regierung ein koalitionsfreier Raum in manchen Bereichen sinnvoll?

**Abstimmung bis 19 Uhr auf [fragedestages.vol.at](http://fragedestages.vol.at)**

### Video soll Mord an Christen zeigen

**KANO** Die Dschihadistenmiliz Islamischer Staat Provinz Westafrika hat ein Video veröffentlicht, das nach ihren Angaben die Hinrichtung von elf Christen im Nordosten Nigerias zeigt. Es handle sich um eine „Botschaft an die Christen in aller Welt“, sagt ein maskierter Mann in dem Video. Es wurde auf die Propaganda-Plattform der IS-Terrormiliz Amaq gestellt. Der Maskierte sprach von einem Racheakt für den Tod von IS-Anführer Abu Bakr al-Baghdadi.

# EU-Beitritte und Finanzen als Zankäpfel

Die Herausforderungen der künftigen Regierung in der Europapolitik.

**SCHWARZACH** Erweiterung, Klimaschutz, Brexit und natürlich das Geld: Für die Europäische Union werden die Herausforderungen nicht weniger. Das spielt auch für die künftige österreichische Bundesregierung eine wesentliche Rolle. Denn schon im kommenden Jahr stehen wichtige Entscheidungen an, in erster Linie zum mehrjährigen Finanzrahmen. Diesbezüglich gehört Österreich zu jenen Staaten, die auf der Bremse stehen. Wie sich eine mögliche Regierung aus ÖVP und Grünen positionieren wird, ist



unklar. In Brüssel hüte man sich daher mit Kommentaren zu den aktuellen Koalitionsverhandlungen, sagt der Politikwissenschaftler und EU-Experte Andreas Maurer von der Universität Innsbruck. Dass sich Österreich mit seinem bisherigen Sparziel durchsetzen kann, glaubt der Experte aber nicht.

#### Streit um 1,114 Prozent

Im Streit um den Finanzrahmen 2021 bis 2027 steigt der Druck. „Man kann die schönsten Dinge

beschließen. Ohne Geld lassen sie sich nicht umsetzen“, hält Maurer fest. Österreich, Schweden, Dänemark und die Niederlande wollen, dass ihr Beitrag nicht mehr als ein Prozent der Wirtschaftsleistung ausmacht. Und das, obwohl mit Großbritanniens EU-Austritt im kommenden Jahr ein großer Nettoszahler wegfällt. Eine Erhöhung hatte der frühere Bundeskanzler und ÖVP-Chef Sebastian Kurz immer ausgeschlossen und sich damit gegen die Mehrheit der EU-Staaten gestellt. Die meisten Mitgliedsstaaten unterstützen den Vorschlag der EU-Kommission für eine Erhöhung auf 1,114 Prozent. Das EU-Parlament verlangt 1,3 Prozent. Das klingt zwar nach geringen Unterschieden. Doch es geht um Milliardenbeträge. Dass sich die sogenannte Nettoszahler-Allianz um Österreich mit der Ein-Prozent-Forderung durchsetzt, kann sich Maurer nicht vorstellen. „Es würde mich auch wundern, wenn die Grünen das Sparziel mittragen würden.“ Die Einigung auf den Finanzrahmen könnte jedenfalls unter der deutschen Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte erfolgen. „Nach der Sommerpause, wenn der Zeitdruck groß wird.“

Die Finanzdebatte schlägt sich bereits in aktuellen Diskussionen nieder: Die EU-Staaten hatten



Die EU-Kommission von Ursula von der Leyen fordert von den Mitgliedsstaaten einen Beitrag von mehr als einem Prozent des BIP. AP

sich kürzlich auf das Ziel eines klimaneutralen Europas bis 2050 geeinigt. Polen pochte auf eine Ausnahmeregelung. Das Land ist stark von der Kohleenergie abhängig und fordert daher finanzielle Hilfe aus den EU-Töpfen für die Energiewende. „Angesichts des Streits ist die Budgetplanung aber schwer“, hält Po-

litologe Maurer fest. Und mit dem Ein-Prozent-Ziel werde es ohnehin knapp mit zusätzlichen Geldmitteln. Im Juni 2020 soll erneut über das Klimaziel verhandelt werden. Im Bereich erneuerbare Energie dürfte es ohnehin noch Diskussionen geben. Manche Staaten, etwa Frankreich, halten Kernenergie

für eine klimafreundliche Option, andere, darunter Österreich und Deutschland, nicht.

#### Widerstand von Macron

Wichtig für Österreich ist auch die Debatte um die nächste EU-Erweiterungsrunde am Balkan. Die kroatische Ratspräsidentschaft will sie schwerpunktmäßig im ersten Halbjahr 2020 aufs Tapet bringen. Im Herbst hatte der französische Präsident Emmanuel Macron die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien noch blockiert. Er wünscht sich eine Reform des Erweiterungsprozesses. Österreich, Italien, Polen, Tschechien, Slowakei und Slowenien reagierten mit Unmut. Sie wollen den Beitrittsprozess ohne Verzögerung fortsetzen.

Die Reaktion der Übergangsregierung sei sehr deutlich ausgefallen, sagt Politikwissenschaftler Maurer. Ob die künftige Regierung bei dieser Position zu den Beitrittsverhandlungen bleibe, sei fraglich. Gerade auch in Sachen Rechtsstaatlichkeit und Korruptionsbekämpfung hätten die Grünen eine weitaus strengere Haltung als viele osteuropäische Länder.

**MAGDALENA RAOS**  
magdalena.raos@vn.at  
05572 501-187

## Netanjahu siegt bei Likud-Wahl und kündigt Annektierungen an

Israelischer Regierungschef klar als Parteivorsitzender bestätigt.

**JERUSALEM** Nach seinem Sieg bei einer parteiinternen Wahl hat Israels rechtskonservativer Regierungschef Benjamin Netanjahu am Freitag weitreichende Schritte angekündigt. „Wir werden eine US-Anerkennung unserer Souveränität im Jordantal und allen Siedlungen in Judäa und Samaria (Westjordanland) erzielen“, sagte der erneut zum Likud-Parteivorsitzenden gewählte 70-Jährige in seiner Siegesansprache vor jubelnden Anhängern. Netanjahu versprach im Fall seines Siegs bei der Parlamentswahl am 2. März auch einen „historischen Verteidigungspakt“ mit den Vereinigten Staaten. Man werde außerdem „den Iran endgültig stoppen“ und Friedensverträge mit den arabischen Staaten erzielen, sagte Netanjahu.



Der rechtskonservative Parteichef wurde klar bestätigt. REUTERS

zielte mit 72,5 Prozent der Stimmen einen klaren Vorsprung, wie die Likud-Partei mitteilte. Sein Herausforderer Gideon Saar (53) erhielt 27,5 Prozent. Saar gratulierte ihm zum Erfolg und sicherte ihm seine künftige Unterstützung zu. Rund 116.000 Parteimitglieder waren zu der Abstimmung aufgerufen, die Wahlbeteiligung lag bei knapp unter 50 Prozent. Saar erklärte, dass er trotz seiner klaren Niederlage nicht bereue, gegen Netanjahu ins Rennen gezogen zu sein. Er kündigte an, den Premier nun bei der Parla-

mentswahl am 2. März unterstützen zu wollen.

Netanjahu hatte sich der parteiinternen Wahl gestellt, obwohl er wegen einer Korruptionsanklage und zweifachem Scheitern bei der Regierungsbildung angeschlagen ist. Ihm werden Betrug, Bestechlichkeit und Untreue vorgeworfen. Die gegen ihn erhobenen Vorwürfe bezeichnet der 70-Jährige als politisch motiviert. Als Regierungschef müsste er nach den geltenden Gesetzen nur zurücktreten, wenn alle Rechtsmittel gegen eine mögliche Verurteilung ausgeschöpft sind.

#### Andauernde Patt-Situation

Israel befindet sich wegen einer fortwährenden Pattsituation zwischen dem rechts-religiösen und dem Mitte-Links-Lager in einer politischen Krise. Die Parlamentswahl am 2. März ist bereits die dritte innerhalb von zwölf Monaten. Netanjahu war es nach den beiden vergangenen Parlamentswahlen im April und September nicht gelungen, eine neue Regierungsmehrheit zu schmieden. Neben Netanjahu wird wohl auch sein Herausforderer Benny Gantz von der Mitte-Rechts-Liste Blau-Weiß wieder als Spitzenkandidat ins Rennen um den Ministerpräsidentenposten gehen.



Kinder laufen durch ein Lager für Geflüchtete im Westen der syrischen Provinz Idlib, nahe der türkischen Grenze. AFP

## 235.000 Menschen nach massiven Luftangriffen auf der Flucht

**DAMASKUS** Durch Luftangriffe im Nordwesten Syriens sind nach UN-Angaben mehr als 235.000 Menschen zur Flucht gezwungen worden. Viele Vertriebene benötigten aufgrund des Winters dringende humanitäre Hilfe und Unterkünfte, teilte das UN-Nothilfebüro Ocha am Freitag mit. Viele Hilfsorganisationen hätten ihre Arbeit in Teilen der Provinz Idlib jedoch aufgrund der Angriffe einstellen müssen. Die Menschen seien vor allem südlich der Stadt Idlib vertrieben worden, hieß es in einem UN-Bericht. Demnach fliehen die Menschen Richtung Norden und in Richtung türki-

scher Grenze. Moscheen, Garagen, Hochzeithallen und Schulen würden als Behelfsunterkünfte genutzt. Seit Anfang Dezember haben Syrien und Russland ihre Luftangriffe auf die Rebellengebiete in Idlib massiv verstärkt. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hatte angesichts der schweren Angriffe vor einer neuen Migrationswelle in Richtung Europa gewarnt. Die Militäroperation gegen Rebellen in der Provinz Idlib begann bereits im April. Schon in den ersten Monaten nach Beginn der Offensiven mussten an die 400.000 Menschen ihre Heimat verlassen.